

Die Vorsitzende teilte mit, dass sie in ihrer Funktion als Vorsitzende des Kreissozialausschusses vom Verein Hilfe zur Arbeit Zukunfts-GmbH angeschrieben und um Hilfe gebeten worden sei. Das Schreiben des Vereins vom 01.12.2011 liege den Ausschussmitgliedern vor. Sie habe geantwortet und dem Verein mitgeteilt, dass der kommunale Träger keine Möglichkeit habe, einzelne Träger zu unterstützen, sondern sich lediglich für die Durchführung konkreter Projekte einsetzen könne. Sie habe hierzu ergänzende Angaben erbeten.

Abg. Kunert stellte im Namen ihrer Fraktion den Antrag, den Verein Hilfe zur Arbeit zur nächsten Ausschusssitzung einzuladen und ihm dabei die Möglichkeit zur Darstellung der Maßnahmen und ihrer Ergebnisse zu geben. Abg. Deussen-Dopstadt und Abg. Eichner regten an, auch die weiteren Träger von Arbeitsmaßnahmen einzuladen und Ihnen Gelegenheit zu geben, bisherige Maßnahmen und deren Erfolge darzustellen und künftige Konzepte zu präsentieren. Ltd. KVD Allroggen legte der antragstellenden CDU-Kreistagsfraktion nahe, den Antrag entsprechend zu öffnen, dem die Abg. Kunert zustimmte. Abg. Küpper schlug vor, künftig zu Beginn eines jeden Jahres eine Vorstellung der Maßnahmeträger und damit vor Verabschiedung des Arbeitsmarktprogramms vorzusehen. Auch wies er ergänzend daraufhin, dass der Verein Hilfe zur Arbeit in einem Brief an den Landrat um ein zinsloses Darlehen nachgefragt habe und bat um Sachstandsmittteilung. Ltd. KVD Allroggen versicherte, dass er unter der derzeitigen Haushaltslage (Doppelhaushalt bis Ende 2012) keinerlei Möglichkeit sehe, der Bitte des Vereins nachzukommen. Ob es generell möglich sei, werde noch geprüft. In diesem Zusammenhang machte er deutlich, bei diesem Ansinnen gehe es um die Existenzsicherung eines Trägers. Im Zuge des Gleichbehandlungsgebotes würden möglicherweise andere Maßnahmeträger gleichgelagerte Anträge stellen, was eine völlig andere Dimension annehme. Abg. Donix gab zu Bedenken, wegbrechende Bundesmittel sollten gerade nicht durch kommunale Mittel aufgefangen werden. Schließlich zog Ltd. KVD Allroggen das Resumee, es sei nicht akzeptabel, dass bei stagnierenden Fallzahlen im Bereich SGB II immer weniger Bundesmittel zur Vermittlung in Arbeit zur Verfügung stünden. Die Vorsitzende fasste zusammen, dass Einigkeit bestehe, die Maßnahmeträger zur nächsten regulären bzw. zu einer Sondersitzung einzuladen und ihnen Gelegenheit zur Vorstellung durchgeführter Maßnahme und Projekte mit deren Erfolgen und neuer Konzepte zu geben, und bat die Verwaltung um entsprechende Vorbereitung der Sitzung.